



## **Zukunftsprogramm Sachsen-Anhalt 2016 – 2021**

**Positionen und Gestaltungsempfehlungen  
des Wirtschaftsrates für ein starkes  
Sachsen-Anhalt**

Vorwort des Landesvorsitzenden	Dr. Michael Moeskes	3
1. Bildung und Arbeitsmarkt,	Matthias Freiling	5
2. Gesundheitswirtschaft	Jens Hennicke, Peter Löbus	8
3. Energie und Umwelt	Dr. Michael Moeskes	10
4. Internet und digitale Wirtschaft	Sirko Scheffler	13
5. Land- und Forstwirtschaft	Dr. Christoph von Katte	15
6. Logistik, Bau und Infrastruktur	Sven Köcke	17
7. Technologie und Innovation	Dr. Frank Fleischer	18
8. Tourismus	Angela Brümmer, Lars-Jörn Zimmer	22

## Vorwort

# Zukunftsprogramm des Landesvorsitzenden

Es ist nicht zu verkennen, dass Sachsen-Anhalt heute viel besser dasteht, als es die Ausgangslage nach der Wende hätte vermuten lassen. Richtig ist: Die Arbeitslosenquote sinkt seit Jahren kontinuierlich, die Arbeitsproduktivität liegt über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder, der industrielle Anteil an der Wirtschaft ist klar gestiegen, auch das verfügbare Einkommen je Einwohner. Im Jahr 2014 erwirtschaftete das Land einen Haushaltsüberschuss. Es war richtig, hiermit überwiegend Schulden zu tilgen.

Trotzdem müssen wirtschaftspolitische Themen noch stärker in den Fokus rücken.

Wir präsentieren unser Zukunftsprogramm Sachsen-Anhalt 2025. Lassen Sie uns einige Punkte herausstellen:

Sachsen-Anhalt ist ein guter Standort für Technologiefirmen. Leider wirkt sich der allgemeine und trotzdem nicht zutreffende Eindruck, dass Sachsen-Anhalt ein wenig im Windschatten liegen würde, nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Das müssen wir ändern und die Stärken unseres Landes herausstellen. Insbesondere technologieorientierte Unternehmen finden hier einen sehr guten Standort vor, hervorragende Universitäten, kurze Wege und gut ausgebildete Menschen. Hier lassen sich enorme Wachstumspotentiale schaffen. Auch die „weichen Faktoren“ stimmen bei uns. Sachsen-Anhalt ist kulturell eine wahre Schatzkammer.

Die Studenten in Sachsen-Anhalt stammen zu gut 50 % aus anderen Bundesländern und zu gut 10 % aus dem Ausland. Es geht darum, diese Hochqualifizierten in Sachsen-Anhalt zu halten. Denn der demografische Echoeffekt führt zu einem akuten Fachkräftemangel in der Wirtschaft. Hierzu ist ein zuwanderungsfreundliches Klima erforderlich.

Hochqualifizierte halten wir aber nur dann, wenn wir in diesen Bereichen auch Arbeitsplätze generieren. Das IWH hat völlig Recht, dass schon aus diesem Grund die Internationalisierung des Landes gestärkt werden muss, außerdem ist die Vernetzung eigener Wertschöpfungsketten außerhalb des Landes stärker voranzutreiben. Hier muss Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren noch deutlich präsenter werden.

Wir müssen auch Hochqualifizierte gewinnen. Auch deshalb müssen wir zu einer strukturierten Zuwanderungspolitik gelangen, die eine kontinuierliche Einwanderung als Teil unseres politischen Systems und der Wirtschaftspolitik begreift. Eine Obergrenze für Hochqualifizierte wäre paradox. Das wäre so, als habe man „wegen Reichtums geschlossen“. Es gilt doch gerade umgekehrt, möglichst viele Hochqualifizierte an Sachsen-Anhalt zu binden. Gerade weil wir ein rohstoffarmes Land sind. Der Vater von Steve Jobs war ein in die USA emigrierter Politikwissenschaftlicher aus Syrien. Das Jobs Jobs schuf, steht nun einmal fest. Alles ist möglich.

Es liegt auch auf der Hand, dass wir gerade als rohstoffarmes Land vor allem in Bildung investieren müssen. Dies beginnt bereits in Kita und Kindergarten und geht weiter in der Schule und in der Berufsausbildung. Gerade im Bildungsbereich müssen die Erkenntnisse der Hirnforschung besonders beachtet werden. Dies gilt gerade auch im frühkindlichen Bereich. Dies hat gerade nichts mit Überforderung zu tun, sondern damit, bereits in einem frühen Stadium der natürlichen Neugier Rechnung zu tragen und dies besonders zu fördern. Gerade Sachsen-Anhalt ist im Bereich der Hirnforschung ein international bekannter, weltweit geachteter Forschungsstandort. Der Wissenstransfer in die praktische Politik könnte doch eigentlich hier am besten funktionieren.

Mit Halle und Magdeburg haben wir 2 Universitäten und mehrere Hochschulen, die sich ideal ergänzen und deutschlandweit sowie international sehr gut aufgestellt sind. Sachsen-Anhalt steht für Technik und Naturwissenschaften, für Informatik, Medizin, Jura und Kulturwissenschaften. Auch dies sind Investitionen, die eine unglaublich hohe Rendite haben werden.

Wir müssen auch hier die Bereitschaft fördern, unternehmerisch tätig zu sein. Daher müssen Ausgründungen aus Universitäten vereinfacht werden. Wir brauchen einen stärkeren Gründergeist in unserer Gesellschaft und einfache Firmengründungen.

Das Land hat jetzt angefangen – gerade auch unter Initiative des Wirtschaftsrates – das Thema IT und Digitalisierung noch stärker ins Visier zu nehmen. Hier muss jedoch noch mehr passieren. Sachsen-Anhalt war immer ein ingenieurgeprägtes, technikorientiertes Land auch mit einem historisch starken Maschinenbau. Die Verzahnung dieser Bereiche (Stichwort: Digital 4.0) bringt große Chancen. Der Breitbandausbau im Land muss stärker vorangetrieben werden. Dies gilt auch für den ländlichen Raum.

Sachsen-Anhalt muss sich seine tolle Lage im Herzen Deutschlands und Europas noch viel stärker zu Nutze machen. Von Sachsen-Anhalt sind wir in etwa 3 Stunden in Bayern, im Ruhrgebiet, in Hamburg, in Polen oder in Tschechien. Besser geht es nicht. Der Wirtschaftsrat fordert die Wiederanbindung der Landeshauptstadt Magdeburg an das ICE-Netz nach Berlin und Hannover. Der Bau der A 14 nach Norden ist voranzutreiben. Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur führt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Voraussetzung für eine langfristige und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. Der Bau der Westumfahrung Halle ist hierfür ebenfalls notwendig. Ebenfalls fordern wir einen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den Raum Erfurt-Weimar-Sömmerda in Thüringen und damit eine Verbesserung der Anbindung zur Autobahn von Erfurt nach Schweinfurt und damit nach Franken, das Rhein-Main-Gebiet und das nördliche Baden-Württemberg. Dieser Ausbau als Bundesautobahn oder Bundesstraße, ähnlich wie die B 6n etwa von Bernburg/Ilberstedt in den Bereich Hettstedt und Mansfelder Land mit der Verlängerung wäre für die Verkehrsinfrastruktur in unserem Bundesland ein wahrer Segen. Dies würde auch zu einer Entlastung der A 14 bereits deutlich vor Halle führen. Damit würde zugleich auch das östliche Harzvorland noch besser erschlossen.

In der Wirtschaftspolitik des Landes ist noch einiges zu tun. Der Wirtschaftsrat hat ein gewachsenes Verhältnis in die Landespolitik und ist ein fachlich gefragter Gesprächspartner. Wir machen mit!

Dr. Michael Moeskes  
Landesvorsitzender Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalt  
Mitglied im Bundesvorstand

## 1. Bildungs- und Arbeitsmarkt

### Öffentliche Schulen müssen mehr entscheiden dürfen

Die Lebens- und Arbeitswelt wird differenzierter, unsere Kinder wachsen in diese Welten hinein und entwickeln – mehr als jemals vorher – eigene Vorstellungen und Ansprüche. Das ist gut und richtig. Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und die wissen, was sie wollen. Daraus entsteht Leistungsbereitschaft und Handlungskompetenz. Daraus entstehen junge Menschen, die anpacken wollen und Querdenker. Sie pädagogisch zu begleiten ist für Schulen und Lehrerinnen wie Lehrer eine große Herausforderung.

Diese Herausforderung ist an jeder Schule anders. Sie hängt an jeder Schule davon ab, was die Kinder brauchen. Eine landesweit zentrale Personalpolitik wird dem nicht gerecht. Schulen müssen in der Lage sein, angemessene Fortbildungsveranstaltungen und insbesondere die Auswahl von fachlich versierten Pädagogen selbst zu gestalten. Der versorgungsrechtliche Anspruch von beamteten Lehrern darf – bei allem Respekt vor der Leistung dieser Personen – nicht im Vordergrund stehen.

Empfehlung: Eine Gesetzesnovelle für mehr Entscheidungsautonomie im Personalmanagement an staatlichen Schulen ist erforderlich.

### Auch für Bildung ist Wettbewerb eine Chance:

Private Schulen sind durch Landes- und Bundesgesetze legitimierte Bildungsstätten.

Sie sichern die Vielfalt und Differenziertheit des Angebotes in jedem Bundesland. Sie sind gerade im Hinblick auf die variantenreichen Entwicklungen in unserer Gesellschaft und in der Arbeitswelt unverzichtbar.

Sie sind überdies für viele Eltern eine Alternative zu den Möglichkeiten und strukturellen Grenzen der staatlichen Schule. Sie sind damit auch eine unbedingt zu begrüßende „wettbewerbliche Ergänzung“ zum staatlichen Schulangebot in Sachsen-Anhalt.

In der praktischen Umsetzung ist dieser Wettbewerb eingeschränkt. Langwierige Genehmigungs-

verfahren und nicht unmittelbar nachvollziehbare Finanzierungsreglements verbrauchen eine große Menge an Kapazitäten, denn sie müssen hinterfragt und diskutiert werden.

Empfehlung: Ein Expertenvotum zur Wettbewerbssituation privater und öffentlicher Schulen im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt wie vor einigen Jahren bei der Analyse des operationellen Programms und eine parlamentarische Auswertung sind erforderlich.

### Nicht jede Begabung braucht ein Abitur

In der gesellschaftlichen Anerkennungsskala steht das Abitur an hoher Position. Unter anderem deshalb ist dieser Abschluss sehr begehrt. Unbestreitbar ist aber, dass eben dieser Abschluss kein repräsentatives Bild einer Begabung abgibt. Es ist ein „einseitiger“ Ausschnitt. Kinder mit anderen Begabungsmerkmalen sind mit diesem Abschluss nicht in der Weise gefordert, wie es ihren individuellen Möglichkeiten entspricht.

Eine Strategie, die mehr Menschen zu „höherwertigen“ Abschlüssen führen will, ist zu einseitig.

Die Pädagogen an den Schulen kennen die Kinder fachlich und persönlich sehr gut. Sie können erkennen, welcher Schultyp zielführend ist, um ihnen die bestmögliche Entwicklungschance zu geben. Sie tragen dazu bei, dass Frust und Zeitverlust durch die Wahl des ungeeigneten Schultyps gering bleibt. Überdies ist die Vielfalt im schulischen Angebot in Sachsen-Anhalt groß und das System ist durchlässig. Damit ist ein Wechsel von einem Schultyp zum anderen jederzeit möglich, wenn sich Begabung oder Interesse der Kinder ändern.

Empfehlung: die Schullaufbahneempfehlung in Sachsen-Anhalt muss wieder verbindlich werden.

### Mehr Hochschule für KMU

Kooperationen von Hochschule und Wirtschaft sind in Sachsen-Anhalt ein anerkannt wichtiges Thema. Zahlreiche Projekte und Aktionen zwischen den 7 Hochschulen des Landes und Unternehmen belegen diesen Umstand.

Den ganz überwiegend kleineren und mittleren Unternehmen des Landes erschließen sich die Möglichkeiten dieser Kooperation jedoch (noch) nicht ausreichend.

Dabei könnte eine Intensivierung von mehr Hochschule und Mittelstand nicht nur den Praxisbezug der Ausbildung und die Umsetzung von Forschung im Land selbst fördern. Es ergäbe sich auch ein Synergiepotential, das Absolventen den Sprung an einen Arbeitsplatz in den Betrieben erleichtert, egal, ob sie einen akademischen Abschluss haben oder nicht.

Diese Intensivierung passt überdies gut in die regionale Innovationsstrategie (RIS) des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft.

Empfehlung: Gründung einer Mittelstandsakademie als gemeinnützige GmbH auf der Gesellschafterbasis eines public private partnership (ppp) mit dem Land als Mitgesellschafter und einem Beirat aus Hochschulvertretern und Arbeitgebern.

### Wirtschaft berät Schüler bei der Berufsfindung

Die Berufsorientierung steht mit einer nahezu unübersichtlichen Programmviefalt in Sachsen-Anhalt zur Verfügung. Die Zahl der Studienabbrecher, der Ausbildungsabbrecher oder die Zahl derer, die ohne Schulabschluss dem Arbeitsleben zunächst gar nicht zur Verfügung stehen verringert sich indes nicht merklich!

Bei genauerer Betrachtung ist festzuhalten, dass die Berufsorientierung in erheblichem Umfang von Personen durchgeführt wird, die selbst keine betriebliche Erfahrung haben.

Es besteht überdies der Eindruck, dass eine Beratungsphilosophie gelebt wird, die die persönlichen Wünsche der Schüler nicht mit den wirklich realen betrieblichen Möglichkeiten der Region abgleicht. Es entsteht naturgemäß ein Problem, wenn Schülerwünsche nicht umsetzbar sind, weil die passenden Betriebe fehlen.

Empfehlung:

- a) Berufsorientierung als verpflichtende Fortbildung für Lehrer und Berufsberater, geleitet von Unternehmensvertretern
- b) Wirtschaftsbildung als Unterrichtsfach ab Klasse 7, mit Experten aus der Wirtschaft

### Förderung der Leiharbeit und Versachlichung der Debatte

Es ist für jeden Betrieb ein großes Plus, wenn Arbeitskräfte so und genau in der Kapazität zur Verfügung stehen, wie es die Auftragslage erfordert. Die Branche der Arbeitnehmerüberlassung bietet Betrieben diese Flexibilität an, trägt also dazu bei, dass der Kostenfaktor Arbeit auslastungssynchron „atmet“. Mindestlohn und die Einhaltung von arbeitsrechtlichen Rahmenrichtlinien sind längst kein Thema mehr. Trotzdem gibt es nach wie vor Vorbehalte gegen diese Form der Beschäftigung – die besonders in Sachsen-Anhalt mit seiner Struktur von weit über 90 % KMU nützen würde. Auch und gerade für die Integration von Menschen mit schwierigeren Zugangsvoraussetzungen (50+, Spätstarter, Flüchtlinge, Menschen mit Handicap) ist das Instrument der Arbeitnehmerüberlassung eine hervorragende Eintrittskarte in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis.

Empfehlung: Imagekampagne durch medial beachtete Podiumsdiskussion zum wirtschaftspolitischen Nutzen der Leiharbeit unter Schirmherrschaft des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft und unter Beteiligung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit

### Entbürokratisierung von ESF & Co

Dem Land Sachsen-Anhalt steht für die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 wieder ein dreistelliger Millionenbetrag aus Brüssel zur Verfügung. Bei der Ausgestaltung gelten naturgemäß und zwingend die Richtlinien der europäischen Union. Sie sind aufwändig und ausgesprochen bürokratielastig.

Gleichwohl entsteht auf Seiten der Betriebe und Vertragspartner des Landes der Eindruck, dass die Vergabe, die Abrechnung und die Zahlungsmodalitäten mehr als unbedingt notwendig durch ein landesspezifisches Regelsystem weiter verkompliziert werden. Hinzu kommt, dass durch diese komplexen Strukturen auch Mittel der EU aus der vergangenen Förderperiode verfallen sind und damit nicht der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung standen. Beide Tatbestände sind unbedingt zu vermeiden.

Empfehlung: Installation einer von der Staatskanzlei beauftragten Expertenkommission unter Beteiligung von Unternehmensvertretern zur Entschlackung des operationellen Programms.

## Flüchtlinge integrieren und Arbeitsmarkt entlasten

Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt sind unübersehbar und werden ausführlich problematisiert.

Mit den Flüchtlingen kommen Menschen nach Sachsen-Anhalt, die uns vor die zentrale Aufgabe ihrer gesellschaftlichen Integration stellen. Derzeit wird zunächst daran gearbeitet, möglichst zügig zu klären, welche von den angekommenen Menschen in Deutschland bleiben werden. Das ist zu unterstützen.

Bereits jetzt wird aber erkennbar, dass bei der Kompetenzfeststellung und der notwendig folgenden zügigen Differenzqualifizierung besonders in unreglementierten Berufen noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auch hier muss das Land der Versuchung widerstehen, zu aufwändige Verfahren auf den Weg zu bringen. Es muss das Ziel sein, anerkannten Flüchtlingen innerhalb von maximal

einer Woche ein praxistaugliches Zertifikat auszustellen, das den betrieblichen Einstieg besonders in Mangelbranchen – Deutschkenntnisse vorausgesetzt – ermöglicht.

Die vorhandenen Strukturen des Projekt „Welcome Center“ können in diese Aufgabenstellung einbezogen werden.

Empfehlung: Arbeitsplatz – Pass für Zuwanderer als Ergebnis eines mobilen Programms zur Kompetenzfeststellung von Flüchtlingen, das vor Ort, also in unmittelbarer Nähe der Unterkünfte die fachliche Einsetzbarkeit von Flüchtlingen analysiert und dokumentiert.

### Anwälte am Dom – Dr. Moeskes Rechtsanwälte

- Öffentliches Bau- und Planungsrecht, Wirtschaftsverwaltungsrecht,
- Kommunales und Vergaberecht, Energierecht, Medienrecht
- Erbrecht, gewerblicher Rechtsschutz und Unternehmensrecht
- Wirtschaft und Steuern
- Arbeitsrecht, Medizinrecht, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
  
- Prozessführung und Trouble Shooting
- laufende Rechtsberatung und Prozessverhütung
- Außergerichtliche Beilegung und Schlichtung
- Verwaltungs- und Wirtschaftsmediation

Wir sind ein professionelles Team von Rechtsanwälten und Fachanwältinnen (Verwaltungsrecht, Steuerrecht, Arbeitsrecht).

Wir begleiten Sie auch bei privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Finanzierungen.

Domplatz 11 · 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391 5096360 · Fax: 0391 50963636  
info@anwaelte-am-dom.com  
www.anwaelte-am-dom.com



## 2. Gesundheitswirtschaft

### Ein medizinisches Versorgungsnetz schaffen

Die absehbare demografische Entwicklung und die zunehmenden Möglichkeiten des medizinisch-technischen Fortschritts rücken die Schnittstelle zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor in quantitativer und qualitativer Hinsicht in den Mittelpunkt. Neben der Forderung nach einer auskömmlichen Investitionsfinanzierung und der Entwicklung von Qualitätsstandards sind in diesem Sinne besonders innovative Behandlungs- und Versorgungsmodelle zu fördern.

### Krankenhausversorgung 2020

Die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt gewährleisten die flächendeckende Versorgung für die Bevölkerung im Land auf hohem Niveau. Um das auch für die Zukunft sicherzustellen, ist eine konsequente Umsetzung einer qualitätsbasierten Krankenhausplanung absolut erforderlich. Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität müssen bei erwiesener Bedarfsnotwendigkeit ausschlaggebend für die Etablierung und den Fortbestand von Krankenhäusern sein. Das Land ist nach wie vor in der Pflicht, in ausreichendem Maß Finanzen für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung zu stellen. Eine Aufstockung der Landesmittel ist hier unausweichlich.

### Universitätsmedizin

Die Universitätsmedizin unseres Bundeslandes ist, wie im gesamten Bundesgebiet, durch den Aufgabenverbund von Forschung, Lehre und Patientenversorgung geprägt. Dieses immense Aufgabenfeld lässt sich nur in einem Organisationskonstrukt aus Medizinischer Fakultät einerseits und Universitätsklinikum andererseits realisieren. Eine erfolgreiche Umsetzung aller gesundheitspolitischen und gesundheitswirtschaftlichen Herausforderungen, bei gleichzeitiger Beibehaltung der universitätsmedizinischen Standorte Halle und Magdeburg, kann nur in einer zentralen und politisch unabhängigen Unternehmenssteuerung realisiert werden. Der Wirtschaftsrat ist davon überzeugt, dass nur in dieser standortübergreifenden und zentralen Managementstruktur die, in unserem Bundesland gewollte und politisch geforderte, hohe universitätsmedizinische Leistungsfähigkeit auch in der Außenwirkung werthaltig erreicht und gehalten werden kann.

### E-Health und digitale Medizin – Innovationen im Interesse des Patienten und Wachstumsmotor der Gesundheitswirtschaft

Der Digitalisierungsprozess in der Medizin sowie der damit in enger Verbindung stehende Aufbau überregionaler und intersektoraler E-Health Strukturen sind Basis und Chance zugleich für die Gestaltung einer zukunftssicheren Gesundheitsversorgung unserer Menschen.

Nur mit der Unterstützung modernster IT-Lösungen können perspektivisch die demografischen Herausforderungen in unserem Bundesland bezüglich einer flächendeckenden medizinischen Versorgung in hoher Qualität bewältigt werden.

Der digitale Quantensprung im Gesundheitssektor bietet aber nicht nur große Fortschritte in den medizinischen Einsatzfeldern, sondern er enthält auch bedeutende Potenziale für das gesamte wirtschaftliche Wachstum in Sachsen-Anhalt.

Der Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalts wird sich aktiv in diesen Prozess, einschließlich des zügigen Auf- und Ausbaus einer leistungsfähigen Telematikinfrastruktur, einbringen.

### Gesundheitswirtschaft: verfügbare Strukturen optimal vernetzen

Gemäß ihrer inhaltlichen Beschreibung umfasst die Gesundheitswirtschaft die Erstellung und Vermarktung von Gütern und Dienstleistungen, die der Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit dienen.

Demgemäß gehören zu diesem Wachstumsmarkt Leistungserbringer wie Unikliniken, Krankenhäuser, Rehakliniken, Pflegeheime, ambulante medizinische und pflegerische Versorgungseinrichtungen, Einrichtungen der physikalischen Therapie, nachgeordnete soziale Dienstleister als erster Gesundheitsmarkt, aber auch Wissenschaft, Forschung, Bildung, Medizintechnik, Informationstechnologie, Pharmazie etc.

Des Weiteren sind alle privat finanzierten Produkte und Dienstleistungen rund um die Gesundheit wie freiverkäufliche Arzneimittel und individuelle Gesundheitsleistungen, Fitness und Wellness, Gesundheitstourismus sowie – zum Teil – die Bereiche Sport/Freizeit, Ernährung und Wohnen



ein weiterer wichtiger Teil der Gesundheitswirtschaft. Häufig auch als zweiter Gesundheitsmarkt genannt.

Die Gesundheitswirtschaft – als eine personalintensive Branche – ist auch ein Beschäftigungsmotor für das Land! Gut Drei Viertel der Beschäftigten des Gesundheitssektors sind weiblichen Geschlechts!

17,3 % der in Sachsen-Anhalt sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten arbeiten in einem Unternehmen der Gesundheitswirtschaft.

Die Zuwachszahlen der Beschäftigten dieser Branche liegen regelmäßig über denen der gesamten Wirtschaft (2007 bis 2011: 2,4 % / Jahr im Vergleich zu 0,9 % /Jahr in der Gesamtwirtschaft!).

Die Herausforderungen in der Gesundheitswirtschaft ergeben sich dabei nicht ausschließlich aus den erkennbar wachsenden Bedarfen im Gesundheitssystem unseres Landes, sondern auch aus neuen innovativen Technologien, den internationalen Wissensströmen und einem zunehmenden Engpass des Arbeitskräftepotentials, insbesondere im Bereich der hochqualifizierten Fachkräfte.

Das wachsende Gesundheitsbewusstsein in der Bevölkerung, die demografische Entwicklung und der medizinische-technische Fortschritt führen zu einer zusätzlichen Nachfrage an professionellen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung, aber auch an Produkten und Dienstleistungen des zweiten Gesundheitsmarktes.

Zukünftig wird es darum gehen, vorhandene und etablierte Strukturen in der Gesundheitswirtschaft noch enger zu vernetzen d. h. intersektorale Verbände aufzubauen und das System auf seinem hohen Versorgungsniveau zu halten.

Die dafür notwendigen Grundlagen werden in einer gesicherten Finanzierung, sowie in einer weiteren Steigerung der Effizienz gesehen. In direkter Verbindung dazu sollten der Erhalt und die Verbesserung der Versorgungsqualität und deren Bewertung im Focus stehen.

### Politische Forderung

Der politische Kurs im Gesamtsystem der Gesundheitswirtschaft muss in Richtung Effizienz, Innovation, Wachstum, Verantwortung, Kompetenz und Werthaltigkeit neu justiert werden.

Die wichtigste politische Aufgabe in diesem Prozess ist die Sicherstellung des Zugangs der Bevölkerung zu qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen, unabhängig von Einkommen und Vermögen.

In diesem Zusammenhang bedarf es ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für das Angebot derartiger Leistungen, um Fehlentwicklungen bzw. Fehlanreize zu vermeiden und soziale Versorgungsrisiken eindämmen zu können. Mit ihrer breiten Mehrheit verfügt die große Koalition über eine hervorragende Voraussetzung in diesem Sinne zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.



## 3. Energie und Umwelt

### Sichere und moderne Energieversorgung

Die Sicherung einer verlässlichen und preiswerten Energieversorgung hat für den Wirtschaftsrat oberste Priorität.

Der Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalt unterstützt gleichzeitig prinzipiell die Etablierung erneuerbarer Energien.

Das Land soll die Nutzung und wissenschaftliche Erforschung erneuerbarer Energien fördern. Hierbei ist auf eine engere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft, Theorie und Praxis, zu achten.

Zur Vermeidung von Engpässen im Stromnetz muss intensiv an der Speicherung der Energie geforscht werden. Nur dann lassen sich massive Schwankungen an der Strombörse verhindern, und es ist möglich, die Energie dann ins Netz abzugeben, wenn diese auch wirklich gebraucht wird.

Dringend notwendig sind außerdem die Modernisierung der Stromnetze und der Ausbau der Grenzkuppelstellen. Nur so lässt sich die Zuverlässigkeit der Energieversorgung bei zunehmender Einspeisung Erneuerbarer Energie sichern.

### Netzentgelte reduzieren

Die Netzentgelte in Sachsen-Anhalt sind zu reduzieren. Dies ist ein Gebot der Fairness. Es ist eine falsche Allokation und ungerecht, wenn die Verbraucher im Land durch höhere Nutzungsentgelte dafür „bestraft“ werden, dass sich das Land frühzeitig für alternative Energien stark gemacht und zahlreiche Windenergieanlagen zugelassen hat. Innovation darf nicht bestraft, sondern muss belohnt werden. Es ist erfreulich, dass die Landesregierung auf unsere Initiative hin dieses Problem erkannt und zugesagt hat, sich für seine Lösung gegenüber den anderen Bundesländern aktiv einzusetzen.

### Energie aus Biomasse

Daneben entwickelt sich der Anteil der Energie aus Biomasse weiter kontinuierlich. Diese Form der Energiegewinnung ermöglicht auch eine Grundlastfähigkeit, d. h. man kann mit diesen Anlagen rund um die Uhr Energie erzeugen, was dazu führt, dass mit einer kontinuierlichen Energieabnahme

gerechnet werden kann. Darüber hinaus ist es damit möglich, tierische Exkremente und abgestorbene Stoffe oder Stoffe aus deren Nutzung zu verarbeiten, was dem Landwirt ermöglicht, diese Stoffe einer weiteren sinnvollen Verwertung zukommen zu lassen.

### Ökologie und Ökonomie harmonisieren

Ökologie und Ökonomie sind gleichgewichtige Faktoren. Die damit verbundenen Interessen und Ziele sind legitim und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie sind daher möglichst nach dem Prinzip der praktischen Konkordanz, d. h. im Rahmen einer Abwägung zueinander gerecht und untereinander gerecht abzuwägen und so weit wie möglich zur Geltung zu bringen.

### Emissionshandel nicht überregulieren

Mit dem Klimawandel ist es unabwendbar, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermindern. Dabei ist ein marktwirtschaftliches System, wie der Emissionshandel richtig. Er sollte jedoch auch marktwirtschaftlich angewendet werden, denn nur dann können die Effekte des Marktes auch wirken.

EU-Emissionshandel ist daher Leitinstrument der Klimapolitik! Das System des Europäischen Emissionshandels ist installiert und die Bundesregierung hat diesem mengengesteuerten, marktwirtschaftlichen Instrument zugestimmt. Die Menge der CO<sub>2</sub>-Emissionen des europäischen EU-ETS-Sektors, so auch der Braunkohlekraftwerke, wird vollumfänglich reguliert. Zusätzliche Maßnahmen auf Bundes- oder Landesebene sind nicht zielführend, da sie systembedingt keinen Klimaschutzeffekt haben können. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß wird lediglich in andere Mitgliedsstaaten verlagert. Nationale Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der ETS-Sektoren sind demzufolge zu unterlassen. Vielmehr haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, den Beitrag der Nicht-ETS-Sektoren zu einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung auf nationaler Ebene zu regeln.

### Effektiver Hochwasserschutz

Im Zusammenhang mit der Klimaveränderung kommt es immer häufiger zu Hochwasserlagen, die die Menschen in diesen Gebieten gefährden. Daher ist ein intensiver Hochwasserschutz, wie er in den letzten Jahren vorgenommen wurde, unabdingbar.

Eine Flusslandschaft ist mit an Auen, Wäldern und Wiesen vorbeifahrenden Schiffen absolut vereinbar. Diese Koexistenz muss Ziel jeglicher Maßnahmen beim Flusserhalt sein.

Sachsen-Anhalt verfügt über 302 Streckenkilometer Elbe. Damit befindet sich der längste Elbabschnitt in Sachsen-Anhalt. Zur Erhaltung und Nutzung des Flusses ist es wichtig, auf der einen Seite die wasserbaulichen Maßnahmen durchzuführen, die es erlauben die Schiffbarkeit des Flusses zu erhalten und weiter auszubauen. Auf der anderen Seite bedingt dies auch einen Schutz der Menschen in den Flussgebieten.

### Mitteldeutsche Braunkohle weiterhin innovativ nutzen

Die mitteldeutsche Braunkohlenproduktion hat aufgrund ihrer hohen wirtschaftlichen Verflechtung mit anderen strukturprägenden Branchen wie Energie, Chemie, Maschinen- und Anlagenbau eine höhere Bedeutung für die regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung als in vergleichbaren Räumen der alten Bundesländer.

Aus diesem Grund konnte in den Jahren 2008 bis 2014 in einem, vom BMBF geförderten, Forschungsprojekt durch eine ansehnliche Reihe mitteldeutscher Firmen dieser Branchen, der Grundstein dafür gelegt werden, zukünftig eozäne Braunkohlen, das sind die Braunkohlen der Region, mit neuen und weiterentwickelten Technologien zu gewinnen und stofflich zu chemischen Ausgangsprodukten zu veredeln. IBI – innovative Braunkohlenintegration in Mitteldeutschland.

### Ja zur Merseburger Erklärung

Der Wirtschaftsrat unterstützt die „Merseburger Erklärung zur Energie- und Rohstoffsicherheit in Mitteldeutschland“ vom November 2014. Sie steht für die Initiierung einer dringend erforderlichen Wirtschafts- und Innovationsinitiative zur „Energie- und Rohstoffsicherheit in Mitteldeutschland“ mit folgenden Eckpunkten und Forderungen des Wirtschaftsrates:

- Sicherung einer stabilen Energieversorgung im Mix regenerativer und fossiler Energien die der regional-wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle für Mitteldeutschland sowie der zunehmenden Bedeutung regenerativer Energien entspricht
- Verstärkung der Anstrengungen zur Sicherung der Rohstoffbasis der Mitteldeutschen Braun-

kohle über 2030 hinaus einschließlich einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz

- Weiterführung strategischer Aktivitäten zur stofflichen Nutzung der Braunkohle als potentielle Rohstoffbasis der chemischen Industrie
- langfristige Absicherung der mitteldeutschen Chemie und darauf aufbauender Branchen wie u. a. Kunststoffverarbeitung, Automotiv sowie Maschinen- und Anlagenbau,
- weitere Untersuchungen zu strombasiertem Wasserstoff, mit dem eine CO<sub>2</sub>-arme Kohlechemie kostengünstig ermöglicht wird.
- Sachsen-Anhalt als Wasserstoff-Modellregion

Die langfristige Verankerung der Braunkohle in die Sicherung der mitteldeutschen Rohstoffbasis der Chemie verlangt abgestimmte forschungs- und industriepolitische Aktivitäten auf den Ebenen von Bund und EU. Für die Braunkohleländer Ostdeutschlands ist die engmaschige Vernetzung zur Umsetzung dieser Zielstellung unerlässlich. Der Schwerpunkt wird hierbei die Harmonisierung der „Regionalen Innovationsstrategien“ der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg werden, da über sie der Einsatz von nationalen Mitteln und Geldern der EU bis 2020 wesentlich bestimmt ist.

Bis die notwendige Vernetzung der Unternehmen, Verwaltungen und Kommunen wirksam wird, ist es erforderlich, Vorleistungen zu erbringen. Für den Wirtschaftsrat heißen die nächsten Schritte:

- Schaffung der Rohstoffbasis für die Belieferung der Industriekerne Schkopau und Zeitz über den Zeithorizont 2030 hinaus und damit Sicherung der regionalen Wertschöpfungskette,
- weitere Integration der Kraftwerke in die Gestaltung der erfolgreichen und nachhaltigen Energiewende durch innovative Braunkohlen-nutzung,
- Unterstützung aller direkten, strategischen und regionalen Aktivitäten, die die gegenwartsnahe Nutzung der Braunkohlen als Grundstoff zur innovativen Carbochemie zum Ziel hat.

### Vertrauensschutz für die Eigenerzeugung

Für die Energie- und Umweltpolitik sind dringend verlässliche Rahmenbedingungen seitens der Politik notwendig, die eine wettbewerbsfähige und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgestaltete Energiewirtschaft ermöglichen. Ansonsten wird weiterhin eine staatliche Investitionslenkung sowie Unwirtschaftlichkeit zementiert.

Schwerpunktthema in diesem Zusammenhang ist die Belastung der Eigenstromversorgung mit der EEG-Umlage. Die Nichteinbeziehung bestehender Eigenerzeugungsanlage der Industrie, so auch der Braunkohlenindustrie, in das EEG-Umlagesystem muss vollständig beibehalten werden und darf nicht Gegenstand der nächsten EEG-Reform werden. Diesbezüglich muss sich die Industrie auf die klare Zusage im Koalitionsvertrag verlassen können: „Vertrauensschutz für bestehende Eigenenergieerzeugung wird gewährleistet.“ Gerade auch die Eigenstromversorgung der Braunkohlenindustrie darf nicht mit der EEG-Umlage belastet werden, da die Braunkohle als Primärenergieträger im internationalen Wettbewerb steht und somit keinen einseitigen Belastungen im Vergleich zu anderen Energieträgern ausgesetzt werden darf.

### Der Wirtschaftsrat fordert daher

- Energiewende realistisch, pragmatisch und mit Augenmaß in Bezug auf die Erhaltung des Wirtschaftsstandortes Deutschland vorantreiben! Eine Umgestaltung des Energiesystems erfordert eine zuverlässige, sichere und bezahlbare Energieversorgung, verbunden mit einem ideologiefreien und diversifizierten Energiemix. Braunkohle erfüllt diese Kriterien und trägt somit zum Gelingen der Energiewende bei. Die Systemintegration der Erneuerbaren und der Ausbau der Infrastruktur sind dabei unerlässlich. Die Weiterentwicklung der Energiewende, so auch des Strommarktes, muss jedoch im Einklang mit dem Europäischen Energiebinnenmarkt stehen.
- Importabhängigkeit reduzieren und Potenzial der Braunkohle nutzen! Die Nutzung der Braunkohle hatte und hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass Deutschland trotz der hohen Importabhängigkeit bei Öl, Erdgas und Steinkohle nur mäßigen Risiken bei der Energie- und Rohstoffversorgung ausgesetzt ist. Durch konsequente Optimierung und Erneuerung der Technik sind Braunkohlekraftwerke bereits in der Lage, sehr flexibel auf fluktuierende Einspeisung der Erneuerbaren Energien zu reagieren. Braunkohle wird aber auch als Rohstoff zukünftig eine wichtige Rolle übernehmen. Sie ist als Rohstoffbasis für Produkte, die heute aus Erdöl und Erdgas erzeugt werden, verwendbar.
- Grenzwertkonzept für Kraftwerksemissionen im Sinne einer wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit ausgestalten! Die für den Betrieb von Feuerungsanlagen, so auch Braunkohlekraftwerken, relevanten Emissionsgrenzwerte

für die Luftschadstoffe wie SO<sub>x</sub>, CO, NO<sub>x</sub>, Gesamtstaub und Quecksilber sind in der 13. BImSchV geregelt. Diese Grenzwerte werden fortlaufend der Entwicklung des Standes der Technik angepasst. Zukünftig muss der Gesetzgeber weiterhin darauf achten, die Schadstoffemissionen auf ein Maß zu reduzieren, von dem keine Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung ausgeht, ohne dabei den Betreiber der Anlagen vor technisch und ökonomisch unlösbare Herausforderung zu stellen.

- Überregulierung vermeiden! Die Gefahr, unverhältnismäßige Bürokratie aufzubauen, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen überfordert, gilt es grundsätzlich zu vermeiden. Die Relation von Kosten, Aufwand und Nutzen muss gewahrt bleiben. In erster Linie sollten bereits existierende Instrumente effizient ausgestaltet und genutzt werden. Der Gesetzgeber sollte dazu verpflichtet werden, seine Instrumente regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.
- In der Vergabepolitik des Landes sind gleichzeitig innovative Standards zur Umwelt- und Energieschonung stärker zu beachten. Sachsen-Anhalt ist ein innovationsfreudiges Land. Die Landesverwaltung wird aufgefordert, künftig bei Vergabeentscheidung daher nicht den Preis als alleiniges Vergabekriterium zu behandeln, sondern die Wirtschaftlichkeit insgesamt. Hierzu ist der Verwaltung eine größere Flexibilität in den Ausschreibungsbedingungen durch die Landesregierung zu ermöglichen.
- Der Wirtschaftsrat Sachsen-Anhalt fordert im Umwelt-, Bau- und Denkmalrecht eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Belange. Die Anforderungen des Landesamtes sind teilweise überzogen. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist stärker zu beachten

## 4. Internet und digitale Wirtschaft

### Rahmenbedingungen zur Kenntnis nehmen und akzeptieren

Sachsen-Anhalts zukunftsorientierte Unternehmen brauchen ein starkes Land, das die richtigen Rahmenbedingungen für ein gesundes Wachstum setzt.

Die Informationstechnologie wird als Schlüsseltechnologie anerkannt.

Zwei Zukunftsaufgaben, die rechtsverbindliche Schaffung einer Digitalen Agenda und ein Gesetz zum E-Government müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Die Digitale Infrastruktur wird als Bestandteil der Daseinsvorsorge anerkannt und der Breitbandausbaumittelsprechender Sicherheitsinfrastruktur kontinuierlich vorangetrieben.

Die Informatiker Ausbildung wird in der Breite an den Hochschulen des Landes erhalten, um den vorhandenen Wachstumspotenzialen nicht die Basis zu entziehen.

### Aufgaben der Landesregierung müssen sein

- Ressortübergreifende Koordination aller die Digitalisierung betreffenden Themen
- Koordination aller E-Government Aktivitäten des Landes
- Hochschulen werden als Innovationskerne aufgebaut
- Umsetzung von IT-Sicherheit und Datenschutz
- Ausbau von schnellem Breitband bis 2018 und dauerhaft darüber hinaus
- Vermittlung von Medienkompetenz für alle in Verbindung mit Fachkräftesicherung und -gewinnung
- Flächendeckender Verabschiedung eines E-Government Gesetzes des Landes
- Landkreise, Städte und Gemeinden werden bei der Umsetzung der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und der damit verbundenen einhergehenden Verwaltungsmodernisierung durch klare Regelungen unterstützt.
- Ausreichende Finanzmittel werden gemäß Konnexitätsprinzip vom Land zur Verfügung gestellt.
- Das Land stellt den kommunalen Gemeinschaften dauerhaft eine Anlaufstelle für die Einhaltung,

Nutzung und Weiterentwicklung von Standards. Sie werden konzeptionell und finanziell unterstützt. Alle Maßnahmen, die die kommunale Ebene betreffen, werden vor der Entscheidung mit den Kommunalen Spitzenverbänden einvernehmlich abgestimmt.

- Es werden klare Vorgaben und Leitfäden für IT-Sicherheit, Datenschutz und Transparenzanforderungen in Abstimmung mit dem Landesdatenschutzbeauftragten und dem Landessicherheitsbeauftragten bereitgestellt.
- Bis 2018 sollen alle Formulare der öffentlichen Hand elektronisch einreichbar sein und bis 2020 auch elektronisch unterschrieben werden können bzw. es wird festgelegt, dass eine Schriftformerfordernis nicht gegeben ist.
- Die Nutzung von neuem Personalausweis (nPA) und De-Mail wird landesweit verpflichtend und einheitlich bis 2020 geregelt.
- Die Landesverwaltung geht mit gutem Beispiel in der Digitalisierung voran, baut eigene Kompetenz auf und führt bis 2020 flächendeckend eAkte und De-Mail ein.
- Aufgrund der strategischen Bedeutung der Digitalisierung für Sachsen-Anhalt muss möglichst viel eigene Kompetenz im Land aufgebaut und gehalten werden. Vergabeentscheidungen der öffentlichen Hand müssen aus Sicht des Landes wirtschaftlich und nachhaltig sein und nicht nach dem Prinzip scheinbarer Billigkeit gefällt werden.

Bis zum Jahr 2020 haben der Bürger und die Wirtschaft das Recht, als zusätzliches Angebot alle Behördenangelegenheiten elektronisch zu erledigen.

Hierzu wird bis zum Jahr 2016 zwischen dem Land, den Kommunen, Kammern und Verbänden ein Prioritätenkatalog zur schrittweisen Umsetzung erarbeitet, der die Bedürfnisse der Bürger und Wirtschaft von Sachsen-Anhalt in den Mittelpunkt stellt und dann die Grundlage für die Umsetzung darstellt.

Hinsichtlich Datensicherheit, Datenschutz, Datensouveränität und Transparenz werden deutschland- und europaweit geltende Gesetze, Regelungen und Empfehlungen konsequent frühzeitig umgesetzt. Durch geeignete Marketingmaßnahmen und Qualifizierungsangebote an die Bürger, Wirtschaft und Verwaltung wird die Umsetzung aktiv vom Land unterstützt.

## Digitalisierung in Sachsen-Anhalt muss daher Kabinettsrang haben!

Der Wirtschaftsrat Deutschland ist die stärkste branchenübergreifende Kraft der Wirtschaft, die für die Umsetzung einer Digitalen Agenda 2020 eintritt. Ziel des Landesverbandes ist es, auf dieser Grundlage eine Vorlage für das Programm des Landes zur Digitalisierung gemeinsam mit allen relevanten Fachverbänden zu entwerfen.

Das Thema der Digitalisierung muss Kabinettsrang bekommen. So könnte zum Beispiel ein Zukunftsministerium diese Aufgabe übernehmen.



Die p.A.-GmbH Personalleasing gehört zu den führenden Personaldienstleistern Deutschlands.

Mehr als 1500 Menschen setzen sich in 21 Filialen für ihre Kunden ein – für beste Ergebnisse und volle Zufriedenheit. Das Unternehmen wurde als „Top Arbeitgeber 2016“ ausgezeichnet und ist Preisträger des „Großen Preis des Mittelstandes 2013“. Sie suchen qualifiziertes Personal für Ihr Unternehmen? Dann sind Sie bei der Die p.A. genau richtig! Weitere Infos: [www.die-pa.de](http://www.die-pa.de)

## 5. Land- und Forstwirtschaft

### Erfolge bewahren und ausbauen

Der Wirtschaftsrat, Landesverband Sachsen-Anhalt, gratuliert allen Beteiligten zu der Erfolgsstory Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Weinbau und Fischzucht in unserem Bundesland. Der Wirtschaftsrat unterstützt alle Bemühungen, Sachsen-Anhalt bundesweit zu einem führenden Wirtschaftsstandort aufzubauen. Das betrifft die Grundlagenforschung an den Instituten, die Ausbildung und Forschung an der landwirtschaftlichen Fakultät in Halle (MLU), der Fachhochschule zu Bernburg, den landwirtschaftlichen Versuchsanstalten. Wichtig bleibt über die Urproduktion hinaus die Herstellung, Verarbeitung und der Vertrieb hochwertiger Agrarprodukte weltweit, vom Weinanbau bis zur Babynahrung für China. Hier bleibt die Landesregierung aufgefordert, über ihre internationalen Kanäle und über die Agrarmarketinggesellschaft Türen zu öffnen und neue Wege aufzuzeigen.

### Zur unternehmerischen Verantwortung vor Ort gibt es keine Alternative

Die unternehmerische Entscheidung soll bei den Firmen verbleiben. Die Unternehmen müssen mit eigenem Risiko selber entscheiden. Die Landesregierung bleibt aufgefordert, für eine Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den Dörfern zu sorgen: Haupterwerb, Nebenerwerb und die Öffnung für neu hinzukommende junge Menschen. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Weinbau darf nicht abgeschlossen sein. Wer ernsthaft mitarbeiten will, dem muss die Tür weit offen stehen, auch über Junglandwirte Programme. Die Landwirtschaft muss in den Dörfern verbleiben. Die Betriebe vor Ort sorgen für die Vielfalt im Dorf, helfen im Dorf, sind im Gemeinderat und Kirchenvorstand, der Freiwilligen Feuerwehr. Im Katastrophenfall haben sie die notwendige Ortskenntnis und Erfahrung, die Verbundenheit zur Heimat und damit die Durchhaltekraft auch in extremen Situationen. Die Hochwasserkatastrophen haben es bewiesen.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sollten nicht von München, Berlin Hamburg oder Finanzgruppen in London gelenkt werden. Nachhaltigkeit gibt es nur vor Ort. Eine Konzentration des kaum vermehrbaren Landes in wenigen Händen lehnt der Wirtschaftsrat ab.

### Nachhaltigkeit erfordert weitsichtiges Handeln

Der Landesregierung wird nahe gelegt, sich in den Kindergärten und Schulen für praktischen Pflanzenanbau, Biologie vor Ort und Gärtnerei einzusetzen. Hier kann der Nachwuchs für die Landwirtschaft gefunden werden, aber auch Erfahrungen gewonnen werden, die uns ein ganzes Leben lang begleiten.

Vielfach besteht die Gefahr, dass durch die hohen Grundstückspreise unsere Betriebe bei der Übergabe in die nächste Generation finanziell ausbluten. Der Landtag von Brandenburg hat sich einstimmig für die Einführung der Höfeordnung ausgesprochen. Das ist auch ein Hinweis für unser Bundesland.

Die Politik bleibt aufgefordert, die Hofnachfolge nicht durch Schenkungs-/Erbchaftsteuer zu belasten. Das gilt gerade auch für die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche, wie Mühlen, Landhändler, die landwirtschaftliche Industrie. Aus Sicht des Wirtschaftsrates wäre es unverzeihlich, wegen geringer, kurzfristiger Steuereinnahmen das langfristige Ziel eines prosperierenden Mittelstandes zu gefährden!

Landwirtschaft und Forstwirtschaft, die Bürger in den Dörfern und Städten, haben dieses Land durch Jahrhunderte aufgebaut und durchgeführt. Die Identität des Landes darf nicht verloren gehen, auch nicht durch die EU. Die Menschen lassen sich nicht vorschreiben, an welchen Tagen sie in der Elbe baden, angeln oder ein Lagerfeuer machen dürfen. Schon jetzt wird mit übertriebenen Hygiene- und Buchhaltungsvorschriften der Charme des Landes gestört. Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bebauung den Vorrang der vor Ort existierenden landwirtschaftlichen Betriebe zu respektieren. Eine zu dichte Vermischung von Land und Stadt führt nur zu Konflikten.

Die Landesregierung bleibt aufgefordert, die Energieversorgung durch Sonne, Wind, Biomasse dahingehend zu fördern, dass die gewonnene Energie in Speichersystemen festgehalten und ortsnah verbraucht werden kann.

Die Landesregierung muss sich für den Bürokratieabbau einsetzen. Unsere Unternehmer müssen zuerst die Chance auf Prosperität ihrer Betriebe suchen und erst dann die Frage stellen, welche unzähligen Vorschriften dem Vorhaben entgegenstehen.





## 6. Logistik, Bau und Infrastruktur

### Politik muss verlässlich sein

Da gerade Themen im Bereich Logistik, Bau und Infrastruktur über Jahrzehnte erst zur Amortisation kommen ist die Verlässlichkeit auf Entscheidungen extrem wichtig. Hier geht es in erster Linie Richtlinien, Verordnungen im Thema Bau und Sanierung unabhängig davon ob es Straßen oder Gebäude sind.

### A 143 und A 14

Ganz spezielle Projekte sind die Fertigstellung der A 143 sowie A 14 im Bereich der Infrastruktur. Hier ist zu sagen, dass genau an dieser Stelle die Verlässlichkeit der Politik fehlt.

Eine Fertigstellung der A14 + A143 sowie der Bau des Saaleseitenkanals sind erforderlich. Überdies ist eine grundlegende „Sanierung“ des Verbandsklagerrechtes geboten.

### ENEV sinnvoll ersetzen

Im Bereich Bauen ist das Thema ENEV – Energie Einsparverordnung ein Brennpunkt für die Zukunft. Hier steht die Frage nach Sinn oder Unsinn an. Die Energiebilanz der Gebäude sieht meist schlecht aus, wenn die Kosten der „ENEV-konformen“ Sanierung mit berücksichtigt werden. Ein Ersatz der ENEV ist erforderlich und zwar durch eine Verordnung, die den wirtschaftlichen Aspekt in einen sinnvollen Gesamtzusammenhang bringt.

### Markt statt Mietpreisbremse durchsetzen!

Mietpreisdeckel für Neu- und Erstvermietungen in laufenden Mietverträgen verhindern!  
Energetische Gebäudesanierung mit Anreizförderung statt ordnungsrechtlicher Zwangsmaßnahmen technologieoffen umsetzen!  
Steuerliche Abschreibung bei der energetischen Sanierung stärken!  
Städtebauförderung im gesamten Bundesland erhalten!  
Rechtssicherheit im Maklerrecht erhöhen!

### Erleichterungen im Baurecht:

Für kurzfristig notwendige Objekte zur Unterbringung von Flüchtlingen muss an eine Flexibilisierung der Baustandards gedacht werden. Auch im Wohnungsbau selbst bestehen erhebliche Deregulierungspotentiale, die dazu beitragen können, den Bau von Wohnungen anzukurbeln, zum Beispiel:

- der Verzicht auf weitere Verschärfungen der Mindesteffizienzstandards in der Energieeinsparverordnung für Bestand und Neubau,
- die Schaffung eines bundesweit einheitlichen Rechtsrahmens für Bauordnungen, um bürokratische Kosten zu senken,
- eine Untersuchung neuer Gesetze auf ihre Auswirkungen auf die Baukosten grundsätzlich schon im Gesetzgebungsverfahren.

## 7. Technologie und Innovation

### Ausrichtung der Förderpolitik auf zukunftssträchtige Branchen

Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten in Branchen ansetzen, die ein hohes Entwicklungspotenzial aufweisen. Mit Blick auf die Leitmärkte könnten folgende Schwerpunkte entsprechende Kompromisse zwischen Zukunftsfähigkeit und aktuellen Erfordernissen darstellen.

#### Leitmarkt Energie, Maschinen- und Anlagenbau, Ressourceneffizienz

- REMAN-Technologien (Wiederaufbereitung)
- Entwicklung von Systemkompetenz bei Maschinen- und Anlagen
- Anwendungsorientierte Lösungen „IT in die Fertigung“ – Teilaspekt Industrie 4.0
- Energieautarke Lösungen, Speicheranwendungen
- Energieeffiziente Produktion

#### Leitmarkt Gesundheit und Medizin

- Vertiefung Wissenschaft-Wirtschaft zum Ausbau der industriellen Produktion
- Stärkung der industrienahen Forschung an Fraunhofer-Einrichtungen
- Entwicklung von Handelshäusern zu Produzenten
- Unterstützung der Internationalisierung

#### Leitmarkt Mobilität und Logistik

- Entwicklung Hinterlandverkehrs (Logistikdrehscheibe Hafen Magdeburg - GVZ)
- Entwicklung von Bahntransportsystemen / Hybridsysteme

#### Leitmarkt Ernährung und Landwirtschaft

- Verfahren und Anlagen zur effektiven Nahrungsgüterproduktion
- Produktinnovation durch Vernetzung Pharmazie, Food und Biotechnologie
  - Proteine
  - Algen
  - Ernährung (Functional Food, Seniorenernährung, Allergearme Ernährung, Heil- und Gewürzpflanzen)
- Pflanzenzucht / Optimierung von Anbaustrategien

### Förderung von Wissenschaft und Forschung

Die Bedeutung von Forschung, Wissenschaft und Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt ist unbestritten. Ein erfolgreicher Technologiestandort erfordert eine qualifizierte Schul- und Aus- sowie akademische Bildung als Basis. Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie die Heranbildung hoch qualifizierter Hochschulabsolventen mit guten Perspektiven am Arbeitsmarkt sind daher besonders wichtig. Grundsätzliches Ziel muss dabei die weitere Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt sein.

Um national und international in der Spitze mit zu wirken, werden Spitzenforscher mit einem leistungsstarken Team benötigt. Es sollte deshalb geprüft werden, wo an den Hochschulen und Universitäten fachliche Konzentrationen und gemeinsame Forschungsprojekte möglich sind (Beispiele sind Design, Maschinenbau, Automatisierungstechnik).

Die Chancen für wirtschaftliche Entwicklung von Sachsen-Anhalt liegen in der Stärkung vorhandener Forschungskompetenzen und im Ausbau vorhandener Spezialisierungsvorteile. Gleichzeitig sollten Bereiche, die interessant, aber für die Entwicklung von Sachsen-Anhalt kaum Bedeutung haben, hinterfragt werden.

Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen ist ein Kompromiss zwischen einem umfassenden Lehrangebot und der Spitzenforschung zu finden.

Beispielsweise würde es sich anbieten, die MINT-Disziplinen und die Medizinforschung in Magdeburg zu konzentrieren, die Volluniversität Magdeburg in eine Technisch-Medizinische Universität weiter zu entwickeln, die Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal auch bei der Ausbildung und der technischen Ausstattung weiter zu vertiefen.

Aus dem Bereich Verfahrenstechnik sind regionale Wachstumskerne hervorgegangen, es arbeitet das Max-Planck-Institut für die Dynamik komplexer technischer Systeme und es gibt weitere Ansätze, durch gezielte Unterstützung hier eine Spitzenforschung nachhaltig zu etablieren, in dem weitere

Ressourcen im Land mit den Verfahrenstechnikern in Magdeburg verknüpft werden.

Vergleichbare Ansätze bieten IT-Technologien mit der Kompetenz der Universität Magdeburg, der Fraunhofer IFF mit dem VDTC sowie den Forschungsbereichen der Mediziner bei bildgebenden Verfahren. Notwendige Investitionen sollten bei dem Fraunhofer IFF konzentriert werden, um wirtschaftlichen Nutzen aus diesem Kompetenzbereich ziehen zu können.

Medizinische Forschung, Ingenieurwissenschaften und Informatik verschmelzen zunehmend. Die medizinische Forschung sollte dort konzentriert werden, wo die Ingenieurwissenschaften angesiedelt sind.

Einige andere Forschungseinrichtungen stellen Leuchttürme dar (z. B. IFAK, WTZ, ppm). Hier wird jungen hochqualifizierten Menschen eine Perspektive geboten. Diese Einrichtungen sind u. a. auch Forschungspartner für KMU. Diese Einrichtungen sollten in der Innovationstrategie eine stärkere Rolle spielen und bei der Finanzierung auf Kostenbasis Fraunhofer-Instituten gleich gestellt werden.

Die Fraunhofer Einrichtungen sind aufgrund ihres Geschäftsmodells von herausragender Bedeutung für Sachsen-Anhalt, insofern die inhaltlichen Profile dem Wirtschaftsprofil des Landes entsprechen. In diesen Fällen sollten alle Möglichkeiten des Landes genutzt werden, diese Einrichtungen zu stärken. Bei der Solarforschung oder der Bio-Ökonomie ist zu prüfen, ob das Land von diesen Einrichtungen wirtschaftlich partizipiert.

Dort, wo es für die Wirtschaft des Landes Erfolg verspricht, sollte eine Bündelung und tragfähige Kooperation der verschiedenen Wissenschaftseinrichtungen erfolgen. Neben der Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalts, bestehend aus Hochschulen/Universitäten, außeruniversitären Einrichtungen der Grundlagenforschung (Max Planck, Helmholtz, Leibniz) und der angewandten Wissenschaften (Fraunhofer) sollten die praxisnahe, produkt- und technologieorientierte Forschung (insbesondere für klein- und mittelständische Unternehmen, Industrieforschung) ausgewogen gefördert und bei Wahrung ihres spezifischen Charakters eng verflochten werden.

## Intensivierung der Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen

In der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gibt es nach wie vor Defizite dergestalt, dass für eine dauerhaft robuste wirtschaftliche Entwicklung und ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen stabile industrielle Netzwerke, sogenannte Wirtschaftscluster, fehlen. Hiermit werden, neben einer Stärkung des Wirtschaftsstandorts, eine bessere Verknüpfung von Forschungseinrichtungen und potenziellen Produzenten sowie sichere Arbeitsplätze realisiert. Der Weiterentwicklung der bestehenden Cluster, als Ausdruck der Schwerpunktsetzung innerhalb der Innovationsstrategie, kommt für die Wettbewerbsfähigkeit sowie für die Sicherung hoch qualifizierter Arbeitsplätze daher besondere Bedeutung zu.

Industrielabore und Kompetenzzentren sollten weiterhin für die Bereiche aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden, wonachweislich Industriebedarf vorhanden ist. Diese sollten mit den Clusterinitiativen / Netzwerken übereinstimmen und zwingend eine Verflechtung mit diesen wirtschaftspolitischen Maßnahmen herstellen.

Eine erfolgreiche Wissenschaftsentwicklung benötigt längerfristig verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen, denn geistige Potenziale sind eine der größten Ressourcen und wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Technologien die Voraussetzung für Investitionen. An den Hochschulen und Universitäten muss die Planungssicherheit insbesondere durch Folgezielvereinbarungen gewährleistet werden.

Dabei sollen Leistungsorientierung, Internationalisierung und Spezialisierung bzw. Profilierung in jeweils spezifischer Weise die innovationsorientierte Landesentwicklung effektiv und effizient unterstützen. Dazu sind die Instrumente leistungsorientierter Steuerung weiter zu entwickeln, so dass die Erfolge der Hochschulen zunehmend eindeutig dokumentiert und ausgebaut werden können.

Zudem müssen die Forschungsmittel in Zukunft noch stärker auf entwicklungsfähige bzw. regional bedeutsame Forschungsgebiete konzentriert werden. Die Mittelzuweisung soll an international üblichen sowie praxisrelevanten Leistungskriterien, wie Wirtschaftsnähe und effektiven Technologietransfer, orientiert werden. Kontrollgremien mit Vertretern aus der Wirtschaft sollen eine zielgerechte Allokation der Mittel sicherstellen.

## Industrielle Forschung und Entwicklung

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ist im Bereich der industriellen Forschung noch besser aufzustellen. Nur wenige Unternehmen haben eigene Produkte. Im Zentrum der Wirtschaftsförderung muss die Stärkung der industriellen Forschung stehen. Das kann mit den Hochschulen im Land, aber auch mit spezialisierten geeigneten Forschungseinrichtungen erfolgen.

Eingutes Hilfsmittel ist die Unternehmensförderung von Wissens- und Technologietransfer, wobei eine de minimis-Regelung bei der Förderung von Wissens- und Technologietransfer nachteilig ist.

Die FuE-Förderung von Unternehmen sollte auch zukünftig durch ein Landesprogramm mit Zuschüssen gewährleistet werden. Von einer steuerlichen Forschungsförderung würden die KMU in Sachsen-Anhalt kaum partizipieren.

Die Förderung von FuE-Vorhaben für Unternehmen sollte folgende Positionen enthalten: Zuschuss Personalausgaben zzgl. einem Pauschalsatz für projektbezogene Gemeinkosten von mindestens 25 % auf die Personalausgaben, anteilige Finanzierung von Instrumenten und Ausrüstungen ab einem Artikelwert von 25.000 Euro, sonstige Ausgaben für Material ab einem Artikelwert von 1.000 Euro. Außerdem sollte die Möglichkeit zum Verzicht auf eine Einzelaufstellung von Ausrüstungen und Materialien gewährt werden und dafür Wahl eines höheren Pauschalsatzes von 70 % möglich sein.

## Unternehmenskultur

Das Land muss langfristig eine Unternehmenskultur entwickeln, in der eine nachhaltige Unternehmensnachfolge gedeiht, die den Wirtschafts- und Industriestandort sichert und in der Zukunft ausbaut. Zu fördern ist eine Kultur der Selbständigkeit und des verantwortlichen freien Unternehmertums.

## Ausbau des Wissens- und Technologietransfers

Um den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter auszubauen ist die Nähe zu den Wissenschaftseinrichtungen weiter zu optimieren, auch um die Förderung verstärkt auf die unter diesem Aspekt besonders profilierten Standorte zu konzentrieren. Dabei muss die Nähe nicht

zwingend räumlich sein, sondern v.a. institutionell bzw. organisatorisch.

Das heißt, dass Wissens- und Technologietransferstrukturen nicht mehrfach installiert werden müssen. Wenn das Land Cluster und Netzwerke unterstützt, haben diese auch die Pflicht, Technologietransfer effektiv als Dienstleistung für Unternehmen zu erbringen. Hochschulen und Universitäten können Clustermanager als Ansprechpartner für Unternehmen benennen, welche marktorientiert agieren, benötigen also keine separaten Transferzentren.

Wichtig ist auch, dass die gesamte Innovationskette von der Grundlagenforschung über die angewandte Wissenschaft bis hin zur Überführung der Resultate in die Praxis aus einem Guss gestaltet wird. Es soll gewährleistet sein, dass die wissenschaftspolitischen Aktivitäten verschiedener Ministerien und Träger enger untereinander abgestimmt werden.

Schließlich müssen Exporte innovativer Produkte aus Sachsen-Anhalt erhöht werden, um Chancen auf globalen Märkten zu vergrößern. Dabei ist wichtig, dass die Unternehmen unserer Region die relevanten ökonomischen und rechtlichen Informationen über wichtige Absatzmärkte für sachsen-anhaltische Produkte erhalten. Der entsprechende Dialog mit den Unternehmen und Branchen insbesondere in Europa ist zu intensivieren. Zugehörige Strukturen wie das Enterprise Europe Network sind zu stärken.

## Existenzgründungen

Bei Existenzgründungen sollten vor allem technologieorientierte Unternehmen gefördert werden. Parallel sind bürokratische Hürden für Existenzgründungen zu reduzieren und Informationen für Existenzgründer transparenter bereitzustellen.

Die Beratung in der Startphase einer Existenzgründung muss auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sein. Gründungsvorhaben im Bereich innovativer Technologien müssen eine gezielte und passgenaue finanzielle Unterstützung erhalten.

Mit Programmen für produktspezifische Markteinführungsstrategien werden Voraussetzungen für die Umsetzung der Forschungs- und Entwicklungsleistungen zu marktrelevanten Produkten geschaffen.

Bei dem Überangebot an Immobilien und Gründerzentren in Sachsen-Anhalt sollten solche Investitionen zukünftig in Beton nur dann unterstützt werden, wenn ein herausragendes Wirtschaftsmodell dahinter steht.

Essenziell ist eine wirkungsvoll agierende Venture Capital Gesellschaft, die Start-ups mit marktgerechten Maßnahmen unterstützt. Unternehmerisches Wagnis kann nicht gefordert werden, wenn gleichzeitig die Unterstützung nur mit Gürtel und Hosenträger erfolgt.



## 8. Tourismus

*Der Tourismus ist eine Erfolgsgeschichte und wichtiger Wirtschaftsfaktor für Sachsen-Anhalt. Seit mehreren Jahren haben sich die Gästeübernachtungen auf über 7 Mio. stabilisiert. Diese erfolgreiche Entwicklung gilt es weiter fortzusetzen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss sich Sachsen-Anhalt auf seine Stärken besinnen. Der Wirtschaftsrat unterstützt daher eine nachhaltige und zukunftssträchtige Vorwärtsstrategie, die den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor weiter fördert.*

### Tourismusprofil als Markenzeichen und Qualitätslabel stärken

Tourismus als Beschäftigungs- und Ausbildungsmotor muss ausgebaut werden. Der Wirtschaftsrat wird aktiv mitwirken, die Potentiale Sachsen-Anhalts weiter herauszuarbeiten, zu bündeln und in den Fokus der Außenwahrnehmung zu stellen. Es gilt, das Profil der Regionen Sachsen-Anhalts als bevorzugte Reiseziele zu schärfen. Darüber soll die Wahrnehmung im Deutschlandtourismus gestärkt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Faktoren, wie das kulturelle und natürliche Angebot, ebenso, wie die Förderung der weichen Faktoren, wie die Servicequalität der Dienstleister. Der Tourismus in Sachsen-Anhalt bietet jedem Gast ein positiv emotionales Erlebnis! Die Vielfalt der touristischen Angebote ist zu erhalten und somit den Tourismus als emotionales Qualitätssiegel sowie positiven Imageträger für das Land stärken und entwickeln.

### Nachhaltigkeit als Qualitätsmerkmal im touristischen Wettbewerb

Die natürlichen Grundlagen unseres Landes bilden eine ideale Plattform und sind schon heute ein Magnet für Erholungssuchende, Genussreisende und Naturliebhaber. Eine Herausforderung wird es sein, Tourismus und Naturschutz in der Regionalentwicklung enger zu verbinden. Tourismus entwi-

ckelt sich zu einem zunehmend wichtigeren Faktor der Entwicklung im ländlichen Raum. Er sichert Infrastruktur, Einkommen, regionale Produktkreisläufe und Arbeitsplätze vor Ort.

### Digitaler Tourismus / e-Tourismus / Infrastruktur

Der Tourismus wird sich in den vergangenen Jahren unter dem Einfluss digitaler Technologien massiv verändern. Zukunftsfähige Informationssysteme sorgen zunehmend für eine interaktive Vernetzung zwischen Gast und regionalen Angeboten.



Als 100-prozentige „Stadttochter“ sind die Stadtwerke den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Schönebeck besonders verbunden. Deshalb werden die Versorgungsnetze kontinuierlich kundenorientiert ausgebaut, um die Versorgung mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme noch sicherer und effizienter gestalten zu können. Dafür wurden in den letzten 20 Jahren von den Stadtwerken rund 38 Millionen Euro in Schönebeck investiert. Die Aufträge werden dabei vorrangig an Unternehmen aus der Region vergeben: von Schönebeck – für Schönebeck. Die Stadtwerke Schönebeck bilden in ihrer Rolle als Arbeitgeber, lokaler Investor und Sponsor zudem eine wichtige Säule der wirtschaftlichen Stabilität der Stadt.



Wirtschaftsrat der CDU e.V.  
Domplatz 10, 39104 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 5 31 20 90  
Fax: (03 91) 5 31 20 91  
Internet: [www.wirtschaftsrat.de](http://www.wirtschaftsrat.de)  
E-Mail: [lv-s-anh@wirtschaftsrat.de](mailto:lv-s-anh@wirtschaftsrat.de)